

# Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz – Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

## **Themenblock 1: Bildung**

1. Wie stehen Sie/ steht ihre Partei zum Unterrichtsfach „Herkunftssprache“?

Wir unterstützen die Förderung von Mehrsprachigkeit und wissen um die große Bedeutung der Familiensprache für die Lernbiografie und die Persönlichkeitsentwicklung. Wir sehen im herkunftssprachlichen Unterricht ein Erfolgsmodell. Wir sehen den großen Wert, dass die Lernenden dadurch nach ihren Fähigkeiten und sprachlichem Potenzial individuell gefördert werden und ihre besondere mehrsprachige Identität bestätigt wird. Deshalb hat das Konzept des Herkunftssprachenunterrichts einen hohen Stellenwert für uns und ist fester Bestandteil des rheinland-pfälzischen Sprachförderkonzepts. Den Herkunftssprachenunterricht in unseren Schulen wollen wir daher fortführen.

## 2. Wie stehen Sie/steht ihre Partei zu vielfältigerem Religionsunterricht?

Wir stehen für einen vielfältigen und facettenreichen Religionsunterricht, der verschiedene Religionen in den Blick nimmt. Der bekenntnisorientierte Religionsunterricht trägt dazu bei, dass Schülerinnen und Schüler über religiöse Anschauungen lernen und urteils- und diskursfähig werden. Wer nicht am Religionsunterricht teilnehmen möchte, kann am Ethikunterricht teilnehmen. Für eine solche Vielfalt setzen wir uns auch weiterhin ein. Darüber hinaus unterstützen wir das Ziel eines gleichwertigen islamischen Religionsunterrichts, der derzeit in einigen Schulen in der Primarstufe und Sekundarstufe I angeboten wird.

## 3. In Kindergärten beträgt der Migrantenanteil bereits bis zu 70% und in Folge wächst natürlich auch stetig der Migrantenanteil in Schulen. Welche Maßnahmen sehen Sie für diese Situation heute und für die Zukunft?

Wir stehen für eine Bildungspolitik, in der alle Kinder, unabhängig ihrer Herkunft optimal gefördert werden. Für den Bildungserfolg ist entscheidend, dass alle Kinder möglichst früh die deutsche Sprache beherrschen. In Rheinland-Pfalz beginnt die Sprachförderung daher schon in der Kita mit gezielter alltagsintegrierter Sprachförderung. Sprachförderung zieht sich durch den gesamten Bildungsweg. Wir setzen in Grund- und weiterführenden Schulen auf passgenaue Sprachförderkonzepte.

Unsere pädagogischen Fach- und Leitungskräfte unterstützen wir durch gezielte Fort- und Weiterbildungen, die interkulturelle Kompetenzen in der beruflichen Praxis fördern. Wir werden auch in Zukunft Maßnahmen ergreifen, die jedem Kind dieselben Chancen ermöglichen.

4. Wie stellen Sie sich der Modernisierung der Schulen sowie der Investitionen in die Zukunft der Jugend?

Die Schule der Zukunft soll für alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen bereithalten. Dazu gehören ein moderner Schulbau und die digitale Ausstattung der Schulen. Der verstärkte Einsatz von digitalen Anwendungen soll zur individuellen Förderung genutzt werden. Lehrkräfte werden dabei zu Lernbegleitern, die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Bildungsweg unterstützen und lenken. Darüber hinaus spielt die Digitalisierung der Schulen eine tragende Rolle. Wir sorgen für die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten, WLAN an allen Schulen bis Ende des Jahres und investieren in die digitale Fort- und Weiterbildung unserer Lehrkräfte. Das wird auch die pädagogische Gestaltung des Unterrichts verändern, die wir an die neuen Anforderungen anpassen wollen

5. Die aktuelle Notbetreuung in Schulen und Kitas stellt das ganze Bildungssystem vor Herausforderungen. Wie würden sie/Ihre Partei vorgehen, um zu verhindern das gerade Kinder mit Migrationsgeschichte durch das Raster fallen?

Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass jedes Kind die gleichen Chancen und eine individuelle Förderung erhält. Dafür stehen Bildungsangebote in Kitas und Schulen explizit allen Kindern offen. Dabei bedenken wir besonders diejenigen Kinder mit, die eine besondere Förderung benötigen und haben deshalb während des Pandemiebetriebs in der Kita immer eine Betreuung offengehalten, wenn Eltern diese nicht anders gewährleisten können oder aus Gründen des Kindeswohls eine Betreuung geboten ist. Auch in der Schule stand immer eine Notbetreuung für

Kinder mit besonderen Bedarfen offen. Wir lassen kein Kind zurück, dafür sorgen wir auch in Zukunft. Jedes Kind bekommt die Unterstützung, die es benötigt, unabhängig der sozialen Herkunft.

6. Die Pandemie hat uns gezeigt, dass unser Bildungssystem eine Vielzahl an Baustellen aufweist. Was sind Ihre Pläne/die Pläne ihrer Partei für die Zukunft des Bildungswesens? Was sind hier ihre Prioritäten?

Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen den Weg in eine erfolgreiche persönliche und berufliche Zukunft bereiten. Dafür investieren wir massiv in die digitale Bildung, werden die Ganztagschulen flächendeckend ausbauen und eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent wird bei uns ab 2022 die Regel. Daneben steht für uns die Chancengleichheit im Mittelpunkt. Mit dem Einsatz multiprofessioneller Teams gehen wir konkret bestehende Probleme vor Ort an und unterstützen unsere Kinder und die Lehrkräfte. Besonders Kinder aus benachteiligten Familien und Schulen in herausfordernden Lagen werden wir besonders helfen, um Schülerinnen und Schülern, die zuhause keine optimale Unterstützung erhalten, bestmöglich zu unterstützen.

## Themenblock 2: Gesundheit

7. Es ist zunehmend der Fall, dass durch ausländische Fachkräfte und ein stetig wachsender Anteil der Migranten in der Medizinischen Versorgung und Pflege, mit sprachlichen Barrieren konfrontiert werden. Dies wird leider von den Einrichtungen selbst abgewiesen, weil sonst eine Gefährdung gegeben wäre. Welche Möglichkeit sehen Sie, beiden Seiten zu begegnen und vielmehr diese wachsende Problematik zu lösen.

Mit der Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege 2.0 (FQI Pflege 2.0) wollen wir weiterhin eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige pflegerische und medizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz vorhalten und weiterentwickeln. Um dies sicherzustellen, sind qualifizierte Pflegekräfte in ausreichender Zahl unverzichtbar. Gemeinsam wollen wir dem Fachkräfteengpass in den Pflegeberufen entgegenwirken und unsere Bemühungen zur Verbesserung der Fachkräftesituation weiter verstärken. Im Rahmen dieser Initiative haben wir uns in RLP auf fünf Handlungsfelder geeinigt: Unter IV. Integration ausländischer Pflegekräfte ist eine zielgruppenorientierte Ansprache und besondere Unterstützungs- und Begleitangebote im Hinblick auf sprachliche, soziale, kulturelle und religiöse Aspekte aufgenommen.

8. Wie planen Sie nach dem Lockdown betroffene Gruppen, wie bspw. sozial Benachteiligte, Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, die durch die Pandemie u.a. berufliches aber auch psychosoziales Leid erfahren haben, nachhaltig zu unterstützen, sodass längerfristigen Folgen für diese Menschen entgegengewirkt werden kann? Gibt es Programme und Maßnahme, um hier Wirkungsprozesse zu verkürzen und soziale Teilhabe und Bildungsbeteiligung zu fördern und eine gerechte Ressourcenverteilung sicher zu stellen?

Wir haben alle betroffenen Gruppen fest im Blick. Seit 2015 haben wir in Rheinland-Pfalz die Interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems durch Sensibilisierung für die Lebenslagen und Bedürfnisse von psychisch kranken Flüchtlingen sowie durch die Initiierung entsprechender Unterstützungsangebote für Mediziner und Psychotherapeuten ermöglicht. Dazu hat RLP eine Koordinierungsstelle für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems bei der Caritas Rhein-Mosel-Ahr etabliert, die unterstützt wird durch vier weitere psychosoziale Zentren. Allein für 2021 hat RLP die Zuschüsse zu migrationspezifischen Maßnahmen auf rund 4,39 Mio. € ausgebaut. Zusätzlich wurden alleine für die Sprachbildung und die Sprachmittlung die Haushaltsansätze für 2021 um 1,0 Mio. € auf jetzt 3,8 Mio. € erhöht.

### **Themenblock 3: Innenpolitik und Wirtschaft**

9. Die Istanbul Konvention regelt den Schutz von Frauen, Müttern, und Familien. Die Umsetzung in Kommunen und Verwaltung ist noch in den Kinderschuhen. Wie gedenken sie es künftig zu einer vernünftigen Umsetzung in den Kommunen werden zu lassen?

Die Istanbul-Konvention ist in Deutschland 2018 in Kraft getreten. Damals bestand das Rheinland-Pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, kurz RIGG, bereits 18 Jahre und setzt in RLP die Maßstäbe im Kampf gegen

geschlechtsspezifische Gewalt. Mit der neu eingerichteten Koordinierungsstelle werden die bereits bestehenden Maßnahmen mit Blick auf die Anforderungen analysiert, weiterentwickelt und ergänzt. Die Stelle wird in enger Zusammenarbeit mit den Ministerien, den Frauenunterstützungseinrichtungen und den Kommunen einen Aktionsplan erstellen. Bei diesem Prozess ist eine enge Zusammenarbeit mit den einzelnen staatlichen Stellen und nichtstaatlichen Organisationen, die sich für die Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen engagieren, von großer Bedeutung.

10. Welche Programme und Maßnahmen planen Sie, um die Themen Vielfalt und Diversität als eine Querschnittsaufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen voranzutreiben, sodass eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft gefördert und insbesondere der institutionellen Benachteiligung entgegengewirkt wird?

Vielfalt macht unser Land stark. Wir setzen unseren Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschlossen fort. Der „Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ eröffnet uns viele Möglichkeiten. Damit wollen wir noch wirkungsvollere Maßnahmen umsetzen. Jeder Mensch hat das Recht auf Gleichbehandlung. Daher wollen wir ein Landesgesetz zur Stärkung der Demokratie und der Vielfalt schaffen. Es stärkt bestehende Anstrengungen für ein diskriminierungsfreies staatliches Handeln. Wo es dennoch nachweislich zu Diskriminierung durch staatliche Stellen kommt, soll das Gesetz erleichterte Bedingungen schaffen, um sich zur Wehr zu setzen. Die Landesantidiskriminierungsstelle stärken wir und treiben in unserer Verwaltung die interkulturelle Öffnung voran.

11. Welche Pläne haben Sie/ihre Partei, um Flüchtlinge nach Erhalt des Aufenthaltsstatus eine langfristige persönliche Beratung zu ermöglichen, um die deutsche Gesellschaft kennenzulernen, sich auszubilden und einen Platz auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen?

Sprache ist der Schlüssel: Menschen, die nicht mit Deutsch als Muttersprache aufgewachsen sind, sollen gute Bedingungen vorfinden, um Deutsch als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben zu lernen. Wir fördern Sprachkurse von der Kita bis zur Erwachsenenbildung. Wir wollen Kommunen in ihren Anstrengungen weiter unterstützen, ihre Migrations- und Integrationspolitik zu festigen und fortzuentwickeln. Die wertvolle Arbeit der Beiräte und der zahlreichen Organisationen unterstützen wir weiter, genauso wie bestehende Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund. Wir entwickeln Maßnahmen, um das Engagement der Unternehmen in Rheinland-Pfalz bei der Integration im Betrieb sichtbarer zu machen und schaffen gerade für KMUs Unterstützung, damit Arbeitsmarktintegration noch besser gelingt.

12. Inwiefern wird sichergestellt, dass die Kommunen den geflüchteten Menschen trotz begrenzter finanzieller Ressourcen weiterhin ausreichende und spezifische Begleitung anbieten können?

Wir wissen, dass unseren Kommunen eine zentrale Rolle bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zukommt. Überall im Land füllen Sie diese Rolle mit großem Engagement, Erfolg und mit der Unterstützung durch das Land aus. Wir wollen, dass sie die vielfältigen Aufgaben auch weiterhin gut bewältigen können. Wir wollen Kommunen in ihren Anstrengungen weiter



unterstützen, ihre Migrations- und Integrationspolitik zu festigen und konzeptionell fort zu entwickeln. An der finanziellen Unterstützung für die bestehenden Beratungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund halten wir fest.

13. Welche Lösungen haben Sie/ihre Partei, um sicherzustellen, dass die Kommunen mehr Geld für beispielsweise die Soziale Mietwohnraumförderung zur Verfügung haben und wie stehen Sie zu einer Investitionsverpflichtung für den Bau von erschwinglichen Mietwohnungen?

Wohnen muss bezahlbar sein – für alle, überall. Wir haben die soziale Wohnraumförderung stark verbessert und so eine deutlich höhere Nachfrage ausgelöst. Deshalb werden wir das Fördervolumen nochmal erhöhen, auf 375 Millionen Euro ab dem Jahr 2021. Wir werden die Förderung entschlossen fortsetzen und die erfolgreiche gemeinsame Arbeit mit allen Akteuren am Bündnis für bezahlbares Wohnen weiterführen. Wo wir Wohnen in Neubaugebieten fördern, muss eine Sozialquote vereinbart werden. Kommunen, die eine Quote in Höhe von mindestens 25 Prozent bei zukünftigen Baugebieten einhalten, erhalten zusätzliche Fördermittel zur Vorbereitung weiterer Investitionen in bezahlbaren Wohnungsbau. Wir wollen das Angebot an Wohnungen mit sozialer Mietpreisbindung auch im Bestand ausweiten.

14. Was konkret meinen Sie, kann Rheinland-Pfalz tun, um die Situation geflüchteter Menschen in z.B. griechischen Lagern zu verbessern, die dort unter menschenunwürdigen Bedingungen leben? (z.B. keine Medizinische Versorgung, nicht ausreichend mit Wasser und Nahrung, Kinder mit Rattenbissen etc.)

Wir setzen uns auch weiterhin für eine humane Flüchtlingspolitik und einen echten Neustart des europäischen Asylsystems ein. Wir stehen unvermindert zu unserer Verantwortung und erneuern unsere Zusage, auch über den Verteilschlüssel der Bundesländer hinaus Flüchtlinge aus den Lagern an den EU-Außengrenzen aufzunehmen. In diesem Sinne werden wir uns weiter für ein Umdenken auf Bundesebene einsetzen. Im Rahmen einer notwendigen europäischen Lösung wollen wir zu einer nachhaltigen Veränderung beitragen und werden uns keiner Maßnahme verschließen, die zu einer Verbesserung der katastrophalen humanitären Situation in den Lagern an den EU-Außengrenzen beiträgt.

15. Deutschland verliert langsam an Attraktivität für Fachkräfte und Unternehmen. Die Standortsicherung ist ein zunehmendes Thema, nicht nur für Industrie und Handel. Hierzu zählen insbesondere vorrangig, die schlechte Anbindung an den Rest der Welt, bei der Digitalisierung, die logistische Anbindung, sowie der langsamen und veralteten Verwaltung. Was gedenken Sie künftig dazu zu unternehmen?

Zunächst müssen wir leider ihrer düsteren Diagnose widersprechen. Nach wie vor ist und bleiben Deutschland und Rheinland-Pfalz ein attraktiver, moderner und innovationsstarker Wirtschaftsstandort und somit auch Anziehungspunkt für internationale Fachkräfte. Gerade im Fall von Rheinland-Pfalz sind die hohe Exportquote und die internationale Vernetzung der hier ansässigen Unternehmen Beleg für Standortattraktivität und Zukunftsfestigkeit. Es steht außer Frage: das bleibt nicht automatisch so – es sind Investitionen nötig. Diese Investitionen tätigen wir

in Milliardenhöhe und werden dies auch weiterhin tun: bei Infrastruktur, (Verwaltungs-)Digitalisierung, Breitbandausbau, Bildung und Fachkräftesicherung.

16. Innovation ist in direkter Folge ein Thema, das mit der vorhergehenden Frage verbunden ist. Migranten tragen einen erheblichen Anteil dazu bei. Andere Länder haben hierzu richtige Pakete geschnürt um Unternehmen und Migranten, bzw. Zuwanderer zu gewinnen. Hierzu zählen, neben Förderung, Steuerbefreiung in den ersten Jahren, ein vereinfachtestes Steuergesetz, vergünstigte u. o. kostenlose Räumlichkeiten, etc. Was hat Ihre Partei in diesem Rahmen angedacht?

Wir wissen, dass Arbeitsmarkt und Unternehmen in Deutschland und Rheinland-Pfalz dauerhaft auf den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte angewiesen ist. Wir begreifen das als Chance und wollen es aktiv gestalten. Wir setzen uns für eine effektive Nutzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ein, damit unsere Unternehmen die benötigten Fachkräfte anwerben können. Im Übrigen stehen alle bestehenden und künftigen Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten, Förderprogramme, Innovationsförderprogramme, etwa bei der Investitions- und Strukturbank, sowie die zahlreichen Angebote in Kooperation mit den Kammern allen Unternehmen in gleichem Maße zur Verfügung. Wir wollen stets daran arbeiten, unserer Wirtschaft sinnvolle und passende staatliche Unterstützung anzubieten.

17. Verwaltungen und Behörden sind veraltet und schlecht ausgestattet. Dazu kommt, dass obwohl wir mitten in Europa liegend, nur einsprachig vorgehen. Dokumente, Anträge etc. sind somit lediglich auf Deutsch. In anderen Ländern sind diese bereits zwei oder sogar mehrsprachig verfügbar (Englisch, Französisch, und Spanisch). Wenn wir von Europa sprechen und international agieren, gar Weltführend bleiben wollen, wäre es doch mehr als an der Zeit, auch hier Mehrsprachigkeit an zu denken, zumal wir einen wachsenden Anteil an Zuwanderern und Migranten in den nächsten Jahren benötigen. Wie sehen Sie es persönlich und wie von Seiten ihrer Partei?

Diese Diagnose teilen wir nicht, denn sie wird der Realität nicht gerecht: Schon heute leisten Behörden im ganzen Land ihre Arbeit auf hohem Niveau und am Puls der Zeit. Die Corona Pandemie hat uns rasant vor Augen geführt, wie wichtig es ist, zentrale öffentliche Dienstleistungen rund um die Uhr bereit zu halten. Wir sind auf einem sehr guten Weg und investieren weiter in eine moderne Verwaltung. Mit dem E-Government-Gesetz und dem Online-Zugangs-Gesetz wird Rheinland-Pfalz flächendeckend digitale Angebote für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen. Das Thema Barrierefreiheit nehmen wir auch im Bereich der Verwaltung sehr ernst. Dabei spielen freilich auch mehrsprachige Angebote eine Rolle, deren Bedeutung sicher immer weiter zunehmen wird.

## Themenblock 5: Fragen aus dem Chat

18. Integration und Arbeit im Grenzraum Deutschland/Luxemburg - Hier arbeiten Handwerksfirmen diesseits und jenseits der Grenze. Für EU- Bürger kein Problem. Aber für Geflüchtete - egal ob anerkannt oder nicht - ein Riesenproblem. Denn sie dürfen nicht jenseits der Grenze nach Luxemburg arbeiten. Dabei stellt sich der Arbeitsalltag der Firmen so dar, dass sie bei ihren Routen zur Erfüllung der Aufträge oft mehrmals am Tag die Grenze wechseln. All diese Firmen können Drittstaatler\*innen nicht einstellen. Die hiesigen Firmen sind sehr zufrieden mit ihren Praktikant\*innen mit Fluchthintergrund und bedauern sehr, diese nicht als Auszubildende einstellen zu können. Hier muss eine Regelung gefunden werden, die die zweitweise Arbeit im Nachbarland ermöglicht, auch wenn der Geflüchtete nur in Deutschland Asyl bekommen hat. Für den ländlichen Grenzraum ist das für den Mittelstand und die Geflüchteten sehr wichtig. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

Wir erkennen, dass hier Verbesserungspotenzial besteht, um gerade in der für uns so wichtigen Grenzregion beste Voraussetzungen für Unternehmen und Mitarbeitende zu schaffen. Die von Ihnen angesprochene Problematik fußt auf EU-Recht, sodass wir nur sehr mittelbare Einflussmöglichkeiten sehen, die wir dennoch prüfen wollen.

19. Hat Ihrer Meinung nach, die Freizügigkeit für Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz zur Integration beigetragen?

Zunächst sehen wir in der schnellstmöglichen dezentralen Unterbringung Asylsuchender einen Beitrag zu gelingender Integration. Wie die Mehrzahl der Bundesländer erachten wir darüber hinaus die Freizügigkeit innerhalb der Landesgrenzen als angemessen und in diesem Sinne ebenfalls zielführend.

**20. Machen Sie sich Sorgen, dass durch die Corona-Maßnahmen, sich die Protest-Stimmen für die politischen Ränder vermehren werden?**

Corona hat für Rheinland-Pfalz wie für Deutschland große Auswirkungen. Das Land hat entschlossen auf die Krise reagiert und umfangreiche Hilfs- und Rettungsprogramme für Wirtschaft, Beschäftigte und Zivilgesellschaft bereitgestellt. Es ist dem Verantwortungsbewusstsein der Rheinland-Pfälzer\*innen und der besonnenen und klaren Führung von Malu Dreyer zu verdanken, dass wir bis heute so gut durch die Krise gekommen sind. Die Folgen der Pandemie werden uns noch lange beschäftigen. Wir wollen die Solidarität in unserem Land weiterhin und dauerhaft aufrechterhalten, indem wir den Zusammenhalt, den gerechten Ausgleich zwischen Starken und Schwachen, nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und den Schutz von Umwelt, Natur und Klima zu Leitplanken für jede einzelne politische Entscheidung machen.

**21. Wo tangieren die Themen Migration und Integration Ihren Alltag?**

Diese persönliche Frage ist aus der Perspektive einer gesamten Partei natürlich nur schwer zu beantworten. Freilich kommen wir alle in allen denkbaren Bereichen mit den Themen Migration und Integration in Berührung. Für uns als SPD ist in jedem Fall klar: Wir wollen die vielen Chancen, die von einer offenen und vielfältigen Gesellschaft für unser gesellschaftliches Miteinander, für die Innovationskraft unserer Unternehmen, für unsere Kultur und für unsere öffentliche Verwaltung ausgehen, bestmöglich für Rheinland-Pfalz nutzen. Wir wollen ein Rheinland-Pfalz der Offenheit, Vielfalt, Solidarität und der Chancengleichheit aller.

22. Wo sieht man Ihrer Meinung nach, die Erfolge von Integration in Rheinland-Pfalz, speziell unter Berücksichtigung der vergangenen fünf Jahre und wo gibt es Ihrer Meinung nach noch Handlungsbedarf?

Unser Land ist seit Langem geprägt von Zuwanderung und profitiert davon. Menschen mit Migrationsgeschichte tragen zur wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung unseres Landes bei. Gemeinsam ist es uns gelungen, das erfolgreiche und lebenswerte Rheinland-Pfalz zu werden, das wir heute sind. Wir haben viel unternommen, um allen Menschen – unabhängig davon in welchem Land ihre familiären Wurzeln liegen – umfassende Teilhabe zu ermöglichen. Als Belege für den Erfolg sehen wir etwa die wachsende Zahl von Beiräten für Migration und Integration oder die zahllosen Beispiele von Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden uns auch in Zukunft gemeinsam für ein Rheinland-Pfalz einsetzen, in dem alle Menschen frei von jeder Diskriminierung dieselben Chancen und Möglichkeiten haben.

### **Fragen-Matrix**

23. Menschen, die unter katastrophalen Zuständen in Lagern an den EU-Außengrenzen leben, muss schnell und unbürokratisch geholfen werden. Rheinland-Pfalz kann hierbei nicht nur auf eine gesamtdeutsche oder europäische Lösung warten, sondern muss eigene Maßnahmen einleiten.

Stimme zu     Stimme eher zu     Neutral     Stimme eher nicht zu     Stimme gar nicht zu

24. Die aktuelle Praxis der „Integrationsklassen“ (alle Schüler\*innen mit Migrationsgeschichte werden in einer Klasse zusammengefasst, unabhängig von Sprachkenntnissen und schulischen Leistungen) ist kein probates Mittel, um Integration durch Bildung voranzutreiben und muss dringend überarbeitet werden.

Stimme zu    Stimme eher zu    Neutral    Stimme eher nicht zu    Stimme gar nicht zu

25. Die soziale Herkunft von Kindern spielt in Deutschland immer noch eine große Rolle. Kinder aus wirtschaftlich schwachen Familien oder Familien mit Migrationsgeschichte haben statistisch weniger Erfolg in der Schule. Um dies auszugleichen, sind massive Investitionen in Bildung notwendig.

Stimme zu    Stimme eher zu    Neutral    Stimme eher nicht zu    Stimme gar nicht zu

26. Die Zahlen der älteren und kranken Menschen mit Migrationsgeschichte werden in den kommenden Jahren weiter steigen. Daher ist es notwendig die Angebote an religions- und kultursensibler Pflege weiter auszubauen (zum Beispiel durch Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals) und mehr Möglichkeiten zur interkultureller Bestattung zu schaffen.

Stimme zu    Stimme eher zu    Neutral    Stimme eher nicht zu    Stimme gar nicht zu



27. Rheinland-Pfalz benötigt ein Antidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild.

Stimme zu  Stimme eher zu  Neutral  Stimme eher nicht zu  Stimme gar nicht zu

28. Zum Thema racial profiling und Rassismus in Behörden und Sicherheitsorganen benötigt Rheinland-Pfalz eine breit angelegte Studie und einen verbindlichen Maßnahmenkatalog, welcher in Zusammenarbeit mit den Interessengruppen erarbeitet wird.

Stimme zu  Stimme eher zu  Neutral  Stimme eher nicht zu  Stimme gar nicht zu

29. Sprache schafft Realität. Daher ist es Aufgabe des Landes und der Bildungseinrichtungen, Behörden etc. des Landes, inkludierende Sprache zu verwenden und diskriminierende Begriffe zu ächten. Auch in Gesetzestexten, Schulbüchern etc.

Stimme zu  Stimme eher zu  Neutral  Stimme eher nicht zu  Stimme gar nicht zu

30. Politische Teilhabe muss in Rheinland-Pfalz unabhängig von Nationalität möglich sein. Daher ist eine Reform des kommunalen Wahlrechtes (perspektivisch auch des Landes- und Bundeswahlrechts) nötig, um auch Mitbürger\*innen ohne deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit die Teilnahme an Wahlen zu ermöglichen.

Stimme zu    Stimme eher zu    Neutral    Stimme eher nicht zu    Stimme gar nicht zu

31. Um den demographischen Wandel und den drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss Rheinland-Pfalz die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt massiv erleichtern und ausländische Abschlüsse schneller und unbürokratischer anerkennen.

Stimme zu    Stimme eher zu    Neutral    Stimme eher nicht zu    Stimme gar nicht zu

32. Die interkulturelle Öffnung von Behörden, Sicherheitsorganen und öffentlichen Verwaltungen muss stärker vorangetrieben werden. Zum Beispiel durch eine Quote von Mitarbeiter\*innen mit Migrationsgeschichte.

Stimme zu    Stimme eher zu    Neutral    Stimme eher nicht zu    Stimme gar nicht zu

33. Um wirtschaftlich führend zu bleiben, benötigt Rheinland-Pfalz ein Paket an Anreizen, damit sich ausländische Unternehmen ansiedeln, beispielsweise Steuerentlastungen, finanzielle Förderung, kostenlose Räumlichkeiten.

Stimme zu    Stimme eher zu    Neutral    Stimme eher nicht zu    Stimme gar nicht zu